

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 22. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Wirth über die Kredithilfe.

Die Rede, die der Reichskanzler heute vormittag in den vereinigten Steueraussschüssen gehalten hat, zeigt mit unerbittlicher Klarheit den ganzen Ernst der äußeren wie der inneren politischen Lage. Das Reich muß seine Reparationsverpflichtungen zum 15. Januar und 15. Februar erfüllen. Es bedarf dazu eines Kredites, der möglichst langfristig sein muß. Die Industrie macht nach wie vor ihre Kredithilfe von ihren bekannten Bedingungen bezüglich der Eisenbahnen und der freien Wirtschaft abhängig. Die authentische Mitteilung des Reichskanzlers, daß sich darin nichts geändert habe, machte den stärksten Eindruck und wurde von den Abgeordneten der Linken mit Rufen der Erregung aufgenommen. Man hätte hier über diesen Punkt jetzt schon eine klarere und unzweideutigere Erklärung gewünscht, als sie Dr. Wirth abgegeben hat. Gegen die Fortführung der Verhandlungen mit der Industrie regten sich die stärksten Bedenken, die einigermaßen beachtet wurden durch die schließliche Erklärung des Reichskanzlers, die Regierung würde eine Verbindung zwischen der Kreditaktion und den Bedingungen der Industrie nicht zulassen. Wird diese Verbindung gelöst, dann hören eben die Bedingungen auf, Bedingungen zu sein. Für diesen Fall will die Regierung den Versuch machen, sich selber ohne die Industrie in London und New York die Kredite zu beschaffen, deren sie zur Erfüllung ihrer Reparationsverpflichtungen bedarf.

Es läßt sich voraussehen, daß diese Kredite dem Reich nur gewährt werden, wenn es Garantien bietet. Und diese Garantien können wiederum nur in Sachwerten bestehen, die sich gegenwärtig im Besitz der Privatwirtschaft befinden. Das Reich muß also, um kreditfähig zu sein, auf solche Sachwerte zurückgreifen und vom Reichstag die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen verlangen. Wird die Regierung diesen Weg gehen? Und wird der Reichstag ihr auf ihm folgen? Das ist die große Schicksalsfrage, die nach Entscheidung drängt, und die vielleicht schon in der Plenarsitzung des Reichstages, die der Reichskanzler für die nächste Woche bedingungsweise in Aussicht gestellt hat, entschieden werden wird.

Die politische Lage zeigt also eine außerordentlich trübselige Verschärfung.

Der Verlauf der Sitzung.

Sämtliche Steueraussschüsse des Reichstages versammelten sich heute vormittag im Hauptsaal, um die Rede des Reichskanzlers zu hören. Der große Saal war von Abgeordneten überfüllt. Zunächst machte

Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt

einige Mitteilungen über die Denkschrift hinsichtlich der Sachwerte. Das Kabinett hat über diese Fragen noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt. Es mußte seine Arbeiten unterbrechen, bis der Plan der Kredithilfe, der inzwischen aufgetaucht ist, zu Ende beraten ist.

Hierauf ergriff

Reichskanzler Dr. Wirth

das Wort.

Er machte zunächst über die Unterredungen mit der Reparationskommission Mitteilungen, die im wesentlichen vertraulich gehalten werden müssen. Dann fuhr er fort: „Die Mitglieder der Reparationskommission und ihre Regierungen sind mit außerordentlichem Interesse und mit großen Hoffnungen den Verhandlungen über die Kreditaktion der Industrie gefolgt. Die Reparationskommission wollte wiederholt über diese Aktion Mitteilungen haben. Der Präsident der Reparationskommission hat weitgehende Vorstellungen über die Notwendigkeit der Aktion erhoben und die Mitglieder der Reparationskommission schienen recht enttäuscht, daß die Verhandlungen über die Kreditaktion sich so lange hinauszogen. Die Reparationskommission hoffte stark, wenigstens einige befriedigende Anhaltspunkte für einen Erfolg der Kreditaktionen mitnehmen zu können. Die Frage der Kredithilfe ist also für das Reparationsproblem von großer Tragweite.“

Wie weit ist nun diese Kreditaktion gediehen?

Es ist aus der Presse bekannt, daß der Reichsverband der Industrie offizielle Vorlegungen und Erläuterungen über sein Angebot hat überreichen lassen. Ich will heute nicht darauf eingehen, in wenigen Tagen wird eine ausgedehnte Erklärung der Regierung über diese Frage entweder dem Ausschuss oder dem Plenum des Reichstages vorgelegt werden. Vermutlich wird das zu Beginn der nächsten Woche der Fall sein. Die Bedingungen der Industrie bedeuten die Auflösung der schwierigsten Probleme. Mit den Worten „politische Unmöglichkeit“ sind sie nicht abzutun. Die Regierung wird, wie gesagt, innerhalb weniger Tage die notwendigen Maßnahmen, die sie zu ergreifen gedenkt, mitteilen. Die Reichsregierung hat die Kreditaktion von zwei Seiten befördert, erstens durch die Bereitwilligkeit zugewiesener Bürgschaften, zweitens durch Sondierungen bei

Finanzleuten in England und Amerika.

Auch in Paris ist entsprechend Fühlung genommen worden. Sie sind mit steigendem Interesse den Verhandlungen innerhalb der deutschen Industriekreise gefolgt. Ich will heute jedes Wort der Volens vermeiden; wenn aber manche Leute glauben sollten, die Betonung und Verlebung der Bedingungen durch die Industriekreise habe die Möglichkeit der Kreditaktion in der Welt erleichtert, werden sie enttäuscht sein. Die Bereitwilligkeit, für Kredite einzutreten, hat gerade bei den Alliierten, insbesondere bei der Reparationskommission, eine starke

Verstärkung durch die Bedingungen der Industrie erfahren. Die Sondierungen, wie wir zu einem langfristigen Kredit kommen können, erwiesen sich eng verknüpft mit der Washingtoner Konferenz. Erst wenn die Washingtoner Atmosphäre sich geklärt haben wird, wird man auch in der Kreditfrage klar sehen. Bestimmt in Washington keine Klärung der internationalen Lage, dann werden die Summen, die uns helfen könnten, in den großen Abgrund des Weltkrisens

hineinrutschen. Die Bereitwilligkeit der Finanzkreise in England und Amerika, mit uns zu verhandeln, ist noch immer offen. Folgende Frage ergibt sich: Ist die Reichsregierung und die Industrie auch dann bereit, die Verhandlungen fortzuführen, wenn es sich nicht um langfristige Kredite handelt — dabei braucht man nicht gleich an kurzfristige Kredite zu denken.

Ich bin mir über die Wirkungen eines kurzfristigen Kredits vollkommen klar. Der sogenannte Mendelsohn-Kredit über 270 Millionen Goldmark, der ein kurzfristiger war, hat ja gewiss bestimmte ungünstige finanzielle Wirkungen gehabt, aber er hatte auf der anderen Seite die englische Ansicht über die Weltlage vertieft. Es ist uns ganz klar, daß ein Kredit, der uns für unsere Januar- und Februarzahlungen die Mittel beschafft, aber nach kurzer Zeit zurückgezahlt werden muß,

für die Mark schädlich sein

würde. Wenn ein Kredit möglich ist, so muß er uns wenigstens für so viel Monate gewährt werden, nach denen er nach Voraussage der Industrie zurückgezahlt werden kann. Diese Erkenntnis scheint auch bei der Reparationskommission vorhanden zu sein. Verhandlungen sind also aufgenommen. Ob sie einen Erfolg haben, wissen wir nicht. Sie sind nicht aussichtslos, aber heute ist eine gewisse Zurückhaltung geboten. Die Industrie denkt auch an die Möglichkeit, einen Kreditorschuh zu erhalten, der für die Januar- und Februarzahlungen herangezogen werden kann.

Die Reichsregierung sieht der Entscheidung der nächsten Tage mit großer Spannung entgegen. Die Regierung will gemeinsam mit einer Kommission von Industriellen die Kreditverhandlungen fortführen. Ich wisse, so sagte der Reichskanzler zum Schluß, ausdrücklich darauf hin, daß entgegen anderen Mitteilungen der Presse die Industrie ihre Bedingungen nicht hat fallen lassen.

Nach dem Reichskanzler spricht Herr (USA). Er begründet einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes, das enthalten soll: Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern nach Veranlassung, später genauere Abrechnung, monatliche Bezahlung der Umsatzsteuer, Erhebung des ganzen Reichsstopfers bis 1. Dezember 1922, für Besitzer von Betriebsvermögen ein Zuschlag davon von 40 Proz., Erfassung der Voltagewinne durch Erhöhung der Ausfuhrabgaben, sofortige Verabschiedung des Kapitalverkehrssteuer-gesetzes bei Erhöhung der Sätze, besonders für Devisenspekulation, sofortige Erfassung der Sachwerte

durch Uebertragung von 25 Proz. des Kapitals der Aktiengesellschaften auf das Reich für kleinere Unternehmen und die Landwirtschaft Steuern in entsprechender Höhe.

Hugo (D. V.) spricht gegen die Erfassung der Sachwerte, die die Industrie kreditunfähig machen und ihre Kreditaktion zum Scheitern bringen würde!

Nach einer weiteren Rede von Spahn (Z.) ergriff

Reichskanzler Wirth

nachmals das Wort. Er sagt, die Rechtspreffe stelle es so dar, als ob wir sofort mit den Reparationen Schluss machen möchten. Das ist ganz verkehrt. Die Geerner sehen nichts als das Blühen der deutschen Industrie. Der Vorsitzende der Reparationskommission habe wiederholt gesagt, die deutsche Industrie könne sofort für das Reich 500—600 Millionen auf den Tisch legen. Man beruht sich auf die großen Auslandsguthaben der deutschen Industrie, die nachzutragen uns aber jedes Mittel fehlt. Bei den Geanern ist aber der Gedanke an die große Leistungsfähigkeit der Industrie nicht zu befehlen. Unter diesem Gesichtspunkt habe ich

das Problem der Kredithilfe

bei der Industrie angesetzt und ihr gesagt, die Regierung würde den Versuch, ihre Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, unbedingt fortsetzen. Die Industrie solle sich freiwillig zur Verfügung stellen. An Zwang sei dabei nicht gedacht worden. Stinnes habe für seine Reise nach London keinen Auftrag, er habe aber von ihr der Regierung Mitteilung gemacht und werde hoffentlich über das Ergebnis berichten. Die ganze englische Geschäftswelt sieht schon ein, daß das Finanzproblem nicht vom Standpunkt des Diktators aus zu lösen ist. Aber es wird lange dauern, bis diese Erkenntnis auch in die Massen dringt.

Die Beschleunigung der Kommissionsarbeit sei dringend notwendig. Um die Erhöhung der indirekten Steuern komme man nicht herum, das sei ein hartes Muß, von außen her aufgelegt. Wenn die Kommissionsarbeit weiter fortgeschritten sei, komme zum Schluß die große politische Entscheidung, bei der auch über das Problem der Erfassung der Sachwerte zu sprechen sein würde.

Der Reichshaushalt für 1922.

Im Steueraussschuß des Reichstages wurde heute eine schätzungsmäßige Voraufrstellung des Etats für 1922 verteilt. Wir entnehmen dieser Aufstellung folgende Ziffern:

Table with financial data for 1922, including sections for 'Allgemeine Reichsverwaltung', 'Betriebsverwaltungen', and 'Kontributionshaushalt'. It lists various revenue and expenditure items with corresponding amounts in million marks.

Der Mehrbedarf aus Anlaß der am 1. August 1921 eingetretenen Erhöhung des Zenerungszuschlages ist — ohne Post und Eisenbahn — aber einschließlich der Folgewirkungen für Angestellte, Arbeiter, Rentniere usw. für die allgemeine Reichsverwaltung auf jährlich 3 145 Mill. M. veranschlagt. Der Gesamt mehrbedarf für Befoldungserhöhungen ab 1. August 21 bis 1. Oktober 21 wird auf jährlich 21 608 Mill. M. geschätzt.

Dieser Mehrbedarf ist in den Voranschlägen für 1922 bereits berücksichtigt.

Den Ländern und Gemeinden soll der Mehrbedarf für Befoldungserhöhungen inwieweit erlassen werden, als er nicht in Mehrerträgen aus Ueberweisungssteuern gedeckt wird. Eine Schätzung dieses Mehrbedarfs ist zurzeit noch nicht möglich. Für Sozialrentner sind in den Nachtragshaushalt für 1921 eingestellt 1 400 Mill. M. für 1922 werden gefordert 2 800 Mill. M. Für Kleinrentner sind in den Nachtragshaushalt für 1921 einachelt 100 Mill. M. für 1922 werden gefordert 200 Mill. M. Die Verhandlungen darüber sind aber noch nicht abgeschlossen, so daß die Zahlen noch nicht als endgültige anzusehen sind. Wegen der Kriegsschädigten schweben zur Zeit Er-wägungen, die bisher noch nicht zu einem greifbaren Ergebnis geführt haben.

Die Nachsitzung des Landtages.

Die Debatte über den Lüdensburger Hungerstreik ist noch in der heutigen Nacht zu Ende geführt worden. Berne hätten die Kommunisten, die damit eine weithin vernehmbare parlamentarische Aktion bezweckten, nach der Rede des Genossen Kuttner einer Vertagung zugestimmt. Einen Vertagungsantrag selbst zu stellen, wagten sie aber nicht, da sie durch ihren Hinweis auf die unaufschiebbare Dringlichkeit der Angelegenheit eine besondere Nachsitzung veranlaßt hatten. Aus der großen parlamentarischen Aktion ist infolgedessen nicht viel geworden. Auch die meisten kommunistischen Zu-

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise... Die Preise verstehen sich einschließlich Leerumme und Porto.



hörer in den Tribünen räuschten das Feld lange bevor der Abg. Kaff an die Reihe kam. Es verblieben, außer etwa 150 Abgeordneten, 8 Pressevertretern, 5 Tippfräulein nur noch — genau gezählt — 13 Zuhörer auf der Tribüne, die allerdings wacker durchhielten bis zur letzten Sekunde dieser endlosen Sitzung.

Indessen dürfte dieses Häuflein kaum auf seine Kosten gekommen sein. Der Abgeordnete Kaff versteht es nicht, leere Bänke aufzurütteln. Diese Kunst beherrscht sein Kollege Höllein von der Reichstagsfraktion in weit höherem Maße. Als überdies die kommunistische Fraktion merkte, daß der Vizepräsident Dr. Garnich die meisten unparlamentarischen Ausdrücke wie „Lump“ und „Lüge“ absichtlich überhörte, machte ihr das Schimpfen keinen Spaß mehr. So konnten die beiden letzten Diskussionsredner, der Volksparteiler Dr. Stendel und der Demokrat Dr. Häppler-Wichhoff, ihre kurzen Ausführungen verhältnismäßig ungehindert beenden. Nur Fr. Kaff Wolfstein versuchte im Schlußwort die parlamentarische Tradition der RPD. hochzuhalten. Eine Unterhaltung mit dieser jungen Dame um zwei Uhr morgens zu führen, muß zweifellos interessant sein. Ein fabelhaftes Temperament! Ein wädrer Schimpf-Maschinengewehr. Die Abgeordneten, die schon dem Einschlafen nahe waren, waren im Nu aufgerüttelt. Eine Lachsalbe folgte der anderen. Auch die Kommunisten machten aus ihrer Freude kein Hehl.

Gegen halb drei begannen die Abstimmungen. Die kommunistischen Anträge werden, soweit sie die Bewilligung von Staatsmitteln fordern, dem Rechtsausschuß überwiesen, im übrigen (sofortige Freilassung aller Gefangenen) abgelehnt. Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag (sofortige Nachprüfung aller Urteile und Strafaussetzung in besonderen Fällen) ist zuerst zweifelhaft. Hammelsprung — um halb drei Uhr morgens! Die Rechte und das Zentrum beteiligen sich nicht daran. 66 Linksabgeordnete haben mit ja gestimmt. Beschlußunfähigkeit. Eine neue Sitzung „auf sofort“ wird einberufen. Diesmal wird der Antrag angenommen. Ebenso ein von Dr. Oskar Cohn begründeter Antrag, der den Gefangenen weitgehende menschliche Rücksichten zuteil werden lassen soll. Nur die Deutschnationalen stimmen dagegen.

Dreiviertel drei! Schluß! Noch nicht! Eine Geschäftsordnungsdebatte beginnt über die Frage, ob die Revision der Geschäftsordnung von der heutigen Tagesordnung abgelehnt werden soll oder nicht. Die Kommunisten protestieren gegen diese „Mundtotmachung der revolutionären Arbeiterklasse“. Sie schiden nicht weniger als drei Abgeordnete ins Feld, darunter einzelne zweimal. Dr. Cohn sekundiert sie. Erst um halb vier geht das Haus auseinander. Es heißt, daß die Würfelmänner am Potsdamer Platz besonders gute Geschäfte gemacht haben.

## Briands Rede in Washington.

Paris, 21. November. (RFB.) Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet aus Washington: In der heutigen Vollversammlung der Konferenz berichtete Staatssekretär Hughes über die Arbeiten der Konferenz und über die Fortschritte, die seit der letzten Sitzung in der Frage der Entwaffnung zur See und in der Frage des Fernen Ostens erzielt worden seien. Er ging alsdann zu der Frage der Entwaffnung zu Lande über und erklärte, für die Vereinigten Staaten werde die Frage nicht gestellt, denn sie hätten, nachdem sie bei Abschluß des Krieges 4 200 000 Männer unter Waffen gehalten hätten, zurzeit nur 160 000 Mann reguläre Streitkräfte. Die Vereinigten Staaten leugnen sich aber Rechenschaft ab von den Schwierigkeiten und den Ansichten anderer Länder und seien bereit, sich vor jeder Rücksicht auf die nationale Sicherheit zu beugen.

Darauf ergriff

### Briand

das Wort. Frankreich würde sich glücklich schätzen, die Waffen niederzuliegen. Unglücklicherweise habe es kein Recht dazu. Es gäbe noch Verhältnisse, die Frankreich verpflichteten, sie im Interesse seiner Sicherheit in Betracht zu ziehen. Viele Versuchten, von hintergedanken Frankreichs zu sprechen: es wolle eine Art militärischer Hegemonie aufsuchen, sich an die Stelle des alten imperialistischen Deutschland setzen. Frankreich stehe vor der grossartigen Notwendigkeit, sich einen Ansehen geben zu müssen, der diesem Vorwurf Nahrung gebe. Deutschland habe sich ein ganzes

Jahr lang geweigert, zu zahlen und zu entlassen. Trotzdem sei Frankreich friedlich geblieben und werde auch weiter alles tun, um die Zeit der blutigen Konflikte zwischen Deutschland und Frankreich für immer zu beenden. Frankreich habe aber nicht das Recht, zu vergessen, wer es sei, und es dürfe sich nicht dadurch aufgeben, daß es gewisse Hoffnungen erwecke und durch seine Schritte gewisse Leute zu neuen Kriegen ermittle.

Es gebe zwar ein Deutschland, das aus mutigen und vernünftigen Männern bestehe, die im Frieden demokratische Einrichtungen aufbauen wollten. Man werde alles tun, um diesen Deutschen zu helfen. (?) Aber es gebe noch ein anderes Deutschland, das durch den Krieg nichts gelernt habe und das seine schlechten Absichten von vor dem Kriege beibehalte. Keiner dürfe sich über den

### Staatsrechtlich Kapps

täuschen. Wäre er gelungen, dann wäre das alte Deutschland wieder entstanden. Ludendorff habe seinen ein Wert veröffentlicht. Er sei eine große Autorität und er sei der Inspirator der großen Partei der Professoren, Philosophen und Schriftsteller. Was lese man in diesem Buche? Es sei notwendig, so heiße es darin, daß wir verlernen lernen, daß wir in einem kriegerischen Zeitalter leben. Der Kampf sei immer die Real für ein isoliertes Individuum, sowie für einen Staat. Ludendorff gebrauche auch das schreckliche Wort von Molke, der ewige Friede sei ein Traum, und nicht einmal ein Schöner. Der Krieg sei ein Teil der von Gott erschaffenen Weltordnung; ohne den Krieg würde die Welt in den Sumpf des Materialismus geraten. Etwas weiter schreibe Ludendorff, in der Zukunft würde der Krieg das letzte und entscheidende Mittel der Politik sein. Endlich gebe es auch kriegerische Eigenschaften, von denen die Deutschen bei den früheren Zwischenfällen Gebrauch gemacht hätten. Das sei das deutsche Volk nach einem blutigen Kriege, der Millionen Menschen unter die Erde gebracht habe! Das unterrichte man

### vor den Toren Frankreichs.

Wie wolle man also, daß Frankreich sich nicht dafür interessiere? Briand sprach dann von der materiellen Seite. Er gab zu, daß es für ein Volk nicht genüge, schlechte Absichten zu haben, um sie auch ausführen zu können. Im modernen Kriege rüste man ungeheure Effektivebestände in ihren Kadres, ebenso ein beträchtliches Kriegsmaterial. Man dürfe den Wert des deutschen Soldaten nicht unterschätzen. Die französischen Soldaten wüßten, mit welchem Heldenmut diese Soldaten fähig seien zu kämpfen. Sieben Millionen, die aus dem Kriege hervorgegangen seien, seien vorhanden. Sie seien zwar nicht in Regimenten eingeteilt, aber es sei möglich, sie morgen zu mobilisieren. Als Kadres betrachte Briand die deutschen Polizeikräfte und die Reichswehr. Die Reichswehr bestehe aus 100 000 Mann, aber aus solchen Männern, die fast alle Unteroffiziere und Offiziere der alten Armee seien. Diese Kellern

### die Kadres für das Heer von morgen

dar. Beschäftige sich diese Armee, wie der Vertrag sie verpflichte, einzig und allein mit der Aufgabe der Polizei? Nein, so behauptete Briand, alle die geheimen Instruktionen des Kriegsministeriums sehten die Ausbildung für das Heer voraus. Nach dem Kriege habe Deutschland Einwohnerwehren in einer solchen Zahl und mit einer solchen Bewaffnung unterhalten, daß es des Willkommens von London bedürft habe, um sie aufzulösen. Der bayerische Ministerpräsident habe jüngst gesagt, daß er eine Armee von dreihunderttausend Mann zur Verfügung habe, mit ausreichendem Kriegsmaterial versehen. Gewiß, diese seien aufgelöst. An der Spitze der Regierung bestünde sich ein Mann, den er für aufrichtig und loyal halte. Das sei Dr. Wirth. Seine Anstrengungen, die unterzeichneten Verpflichtungen zu erfüllen, seien verdienstlich. Es handle sich aber um eine schwache Regierung. Frankreich werde alles tun, um ihre Aufgabe zu erleichtern. (?)

Briand sprach alsdann von der Sicherheitspolizei, die aus hundertfünfzigtausend Mann bestehe und einzig und allein aus Berufsoffizieren zusammengesetzt

sei. Man habe ihre Auflösung verlangt, aber sofort sei die Schutzpolizei mit ihren Kadres gebildet worden. Deutschland habe insgesamt zweihundertfünfzigtausend Mann zur Verfügung. Es sei lässig imstande, den Krieg wieder zu beginnen. (1) Aber noch mehr. Diese sieben Millionen Bürger, die ins Zivilleben zurückgekehrt seien, seien in Organisationen oder Vereinen der ehemaligen Kriegersteilnehmer gruppiert, die sich bei jeder Gelegenheit zu Festen und Jahrestagen versammelten. Die Franzosen wüßten das alles. Als die oberste Anleihe Angelegenheit einen bedrohlichen Charakter angenommen habe, hätten sich in wenigen Tagen freikorpsartig vierzigtausend Mann gebildet, mit Gewehren, Kanonen, Maschinen-

gewehren und Panzerzügen. Das seien nachgeprüfte Lastwagen. Briand fuhr fort, aber man sage, so liege die Gefahr nicht, denn Deutschland habe kein Material mehr. Gewiß, die Kontrollkommission habe dieses getan. Man habe aber während des Krieges gesehen, mit welcher Geschwindigkeit ungeheure Heere gebildet worden seien, ausgerüstet mit Material. Deutschland habe eine große Industrie, und seine Industrie habe während des Krieges voll gearbeitet und sich seitdem hoch entwickelt. In Deutschland sei noch alles vorhanden, um Kanonen, Maschinengewehre und Gewehre zu fabrizieren. Während einer gespannten diplomatischen Lage, die man nach Wunsch um einige Wochen verlängern könne, könnten die Deutschen sich wieder in den Stand setzen, Kriegsmaterial herzustellen. Man könne auch Kriegsmaterial im Ausland kaufen. Ein Schiff könne man nicht, ohne daß es die Welt erfährt, in der Welt herstellen, wohl aber Flinten, Maschinengewehre und Kanonen verteilt über ganz Deutschland herstellen. Wer könne das kontrollieren?

Nach Briand ergriff

### Balfour

das Wort. Er erklärte, daß die freimütige Erklärung Briands über die Besorgungen und Befürchtungen Frankreichs von allen Mitgliedern der Konferenz voll gewürdigt würden. Balfour erkannte mit Trauer an, daß die Rede, die Briand gehalten habe, im Augenblick keinen ermutigenden Ausblick auf die Lösung der Frage der militärischen Abrüstungen gebe. Aber die Beweggründe, die augenblicklich Frankreich besetzten, seien die, für die Großbritannien gekämpft habe. Briand besürchte, Frankreich könne sich moralisch isoliert fühlen. Das wäre tragisch. Die Freiheit der Welt im allgemeinen und die Frankreich im besonderen müsse aufrechterhalten und gegen jede herrschaftliche Politik der Frankreich benachbarten Nationen sichergestellt werden. Nach einem Funkentelegramm des „Berliner Tageblatts“ sagte Balfour wörtlich: „Briand scheint eine gewisse Furcht zu hegen, daß sich Frankreich schließlich in einer moralischen Isolierung befinden werde. Das würde tatsächlich eine Tragödie sein!“ Er fügte hinzu, Frankreichs Standpunkt in der Abrüstungsfrage ließe sich nur aus einer ganz unerschütterlichen Anglistische

erklären. Schanzer, der italienische Delegierte, teilte mit, daß, ob zwar Italien der Ansicht sei, daß ein Effektivebestand von 200 000 Mann für die italienische Armee notwendig sei, die italienische Regierung die Frage neuer Herababhebungen prüfe. — Admiral Kato erklärte für Japan, Japan wolle für sein Heer nur die für die Seemarineverteilung durchaus notwendigen Effektivekräfte. Der belgische Vorkämpfer Carlier de Wartheville sprach von der Verletzung der belgischen Neutralität abzuweichen, aber seine Sicherheit zu wachen, habe Belgien im Jahre 1920 mit Frankreich ein rein defensives Abkommen gegen einen deutschen Angriff abgeschlossen. Es könne keine Bewaffnung nicht weiter herabsetzen. Staatssekretär Hughes dankte schließlich Briand, so berechtigt und vollkommen die Stellung von Frankreich definiert zu haben. Die Worte Briands würden von einem Ende zum anderen der amerikanischen Staaten widerhallen und würden begreifen lassen, daß, wenn es auch noch Schwierigkeiten und Hindernisse auf dem Wege des ewigen Friedens gebe — Frankreich dennoch den Willen habe, ihn zu erreichen.

Schließlich überwies die Konferenz die Frage der Abrüstung an die Kommission der Delegierten der fünf Großmächte, die schon mit der Frage der Seemarine beschäftigt ist.

Die Rede Briands soll von der Konferenz sehr wohl aufgenommen worden sein. Die englische Presse, von der „Times“ und dem „Daily Mail“ abgesehen, ist enttäuscht.

## „Dänische Kulturarbeit“.

Die „Neue Flensburger Zeitung“ gibt den Artikel „Dänische Kulturarbeit“ in Nr. 542 des „Vorwärts“ im Wortlaut wieder und knüpft daran den Kommentar, es sei eine Wohltat, einmal eine so sehr leidenschaftslos und unbestochene Stimme der Wahrheit in der deutschen Presse zu hören. Die „Neue Flensburger Zeitung“ ist deutschfeindlich. Sie treibt einen um so verächtlicheren Kampf gegen alles Deutschum, als sie nicht offen vorgeht, sondern in Ueberschriften und der Auswahl des Materials Deutschland zu schädigen versucht. Wenn wir in unserem Artikel von Kulturarbeit sprachen, so bezogen wir die Leistungen der „Neuen Flensburger Zeitung“ jedenfalls nicht mit ein. Gerade sie gehört jenen Kreisen an, deren Treiben wir geißelten. Auf die Angriffe einzugehen, die sie in ihren Betrachtungen gegen die „Flensburger Volkzeitung“, unser Parteiorgan in Schleswig, und gegen unsere Flensburger Genossen vorbringt, erübrigt sich nach dem Gesagten.

## Der Hunger der Fürsten.

Endlich ist die Wahrheit an den Tag gekommen! Es hat freilich über lange Jahre gedauert. Die Legende vom Dolchstoß in den Rücken des Heeres schien doch nicht mehr zu ziehen, und so hat man sich denn auf die Suche nach einem neuen Grund für den Erfolg der Revolution von 1918 begeben. Der glückliche Erfinder der Idee „vom Hunger der Fürsten, der zum Gelingen der Revolution bedeutend mitgewirkt hat“, ist ein Tübinger Professor. Er veröffentlicht seine Entdeckung in der deutschnationalen Monatschrift „Deutschlands Erneuerung“ im Oktoberheft dieses Jahres.

Da heißt es: „Die meisten Fürstlichkeiten haben sich, ebenso wie die herrschenden Stände, streng an die Nahrungsmittellieferanten gehalten, waren daher in ihrem körperlichen Zustand mächtig herabgekommen. Sie hungerten aus Pflichttreue und Patriotismus. Die Angreifer dagegen, die Matrosen, waren wohlgenährt und im Besitze ihrer vollen Körperkräfte. Auf diese Weise hat auch der Hunger in der Tat zum Gelingen der Revolution bedeutend mitgewirkt.“

Man ist auf vieles von deutschnationaler Seite gefaßt, aber auf so was denn doch nicht! Der Professor vergleicht in seinem Artikel die französische Revolution von 1789 mit der deutschen von 1918 und stellt die Ursachen beider gegenüber. Viele sind beiden gemeinsam. Aber vom Hunger der Fürsten und der herrschenden Klassen als einer der Ursachen zur Revolution von 1789 könne man nicht sprechen. Das kann man ja auch schlechterdings nicht behaupten, wenn man das Bild Ludwigs XVI. und der französischen Adligen sich vor Augen führt. Aber 1918 und in den vorhergehenden Jahren soll das anders gewesen sein.

Wir wissen nicht, wer besser bei einem Vergleich des Körpergewichts abschneiden würde: Wilhelm II. oder Ludwig XVI., aber wir kennen das Verhältnis der Lebensmittelporräte, die man im Berliner Schloß in den ersten Tagen der Revolution fand. Da werden Mengen von Delikatessen aufgeführt, die der weitläufigste Teil des deutschen Volkes nicht einmal in Friedenszeiten kennen gelernt hatte. Daher kann man wohl behaupten: Die Speisekammer Wilhelms II. brauchte den Vergleich mit der Ludwigs XVI. nicht zu scheuen. Die Speisekammer Wilhelms war ungleich reichhaltiger. Wir empfehlen dem Tübinger Professor die Bekunde des Buches von Kurt Heinig „Die Hohenzollern“. Da wird er die besten Studien über seine Hungertheorie machen können. Weß dieser Gelehrte nicht, daß ein kaiserlicher Kurier eigens das Wasser zum Tee für die könig-

liche Tafel im Großen Hauptquartier tagtäglich holen mußte? Anderes Wasser schmeckte nicht. Sieht das nach Hunger aus? Wie es mit den anderen Gerichten auf der königlichen Tafel stand, darüber gibt unter tausend anderen die Speisefolge vom 5. Dezember 1918 Auskunft. Da heißt es: Krostbrühe auf königliche Art, gebadene Seezungen, Reh- rücken, Apfelsmus, Salat, grüne Spargelpfeifen, Pfirsichspeise, Obst.

Das war der „Hunger der Fürsten“.

Gerth.

Ruß-Tänze. Charlotte Sara tanzt. Das heißt: sie tanzt eigentlich nicht. Das, was diese Künstlerin im Theater am Kurfürstendamm am Sonntag, dem 20. November der Toten gewidmet ist, vorführte, war nicht Tanz, sondern so etwas wie Kunst, wie Zeremonie, wie Zerbrierung, wie — um ein deutsches Wort zu nehmen — Feierlichkeit. Diese Frau, die zunächst das einmal ist, was die meisten der hübschen jungen Damen nicht sind: eine Persönlichkeit, bringt für den Tanz wenig mit. Ihr Körper ist schwer, wenn auch in diesem Tropis schön, ihr Wesen ist Unfähigkeit — also etwa das Gegenteil von dem, was man bei einer Tänzerin voraussetzt. Diese Geistesart ist das wertvollste an Charlotte Sara und rückt sie stets vom Gros der abendlichen Tänzerinnen. Es ist gewiß schwer nach Bach, Scarlatti, Gellar Franz, Salvi-Seens und Debussy zu tanzen, noch dazu zum Harmonium, aber diese Frau vermag es: einen „anziehenden Engel“ etwa oder einen „primordialen Tanz“ oder „Moria in Scherzen“ oder einen „ägyptischen Tanz“. Jena, Orient, Antike kommt dazu. Also sozusagen eine Gesamtheit der Stile. Begibt sie Alexanderinertum? Nein. Denn sie hat den Einheitspunkt in sich: die Gotik ihres Ausdrucksvermögens, die hin und wieder, wie in den „Armetagen“ und dem „Totentanz“, in ein Barock ausschweift. Antik — dies edle Wort sei hier gestattet — und Hände sind mehr Werkzeug als der übrige Körper, der da verlagert, wo es wirklich einmal „Tanz“ gibt. Das Antik ist hier nicht schön: die Unbeweglichkeit des Auges verbietet, diese Frau unter die Antikistinnen zu werfen, und erlaubt ihr diesen Drang zum Tragischen, Künftlichen und Metaphysischen. Verläßt man sonst meist mit jeder Ernüchterung solche Tanzvorführungen, nimmt man hier ein Erlebnis mit, das Bestand hat. O. E. H.

Das Staatliche Bauhaus in Weimar, die erste staatliche Völkergemeinschaft, an der Form- und Handwerkslehre als untrennbare Grundlagen der schöpferischen Arbeit wieder zur Einheit zusammengeschlossen werden sollen, hat in den zwei ersten Jahren seines Bestehens die Grundlagen der Arbeit fern von der Defizientenlehre gelegt. Nun wollen die Meister des Bauhauses hervortreten, um mit mehreren Unternehmungen ihrer Anstalt Mittel zuzuführen. Feininger, Itten, Klee, Mücke, Schlemmer und Schreyer veranstalten am 15. Dezember in der Berliner Kunstausstellung „Der Sturm“ eine Versteigerung eigener Werke, deren gesamt ertrags dem gemeinnützigen Zweck des Bauhauses gewidmet ist. Die Ausstellung dieser Werke wird am 27. No-

vember eröffnet. Ferner haben eine Anzahl von Künstlern aller Länder sich zur Herausgabe der Bauhausdrucke „Neue Europäische Graphik“ zusammengeschlossen. Es soll hier die Möglichkeit geboten werden, eine internationale Sammlung graphischer Werke von grundlegender Wichtigkeit, in der Deutschland, Frankreich, Holland, Italien, Rußland durch ihre bedeutenden Künstler vertreten sind, zu erwerben. Genannt seien davon Archipenko, Boccioni, Campendonk, Chagall, Feininger, Fiori, Groß, Heger, Kandinsky, Kirchner, Kollschitz, Klee, Lehmann, Pecher, Mücke, der letzte unveröffentlichte Abschnitt aus dem Nachlaß von Franz Marc, Raab, Richter, Röhren, Ruckstein, Pissarro, Rohls, Schmidt-Rottluff, Severini und deren Beginnungsgenossen.

Neben einer Gruppe der Meister vom Bauhaus und zwei Gruppen deutscher Künstler erscheint je eine Gruppe von Werken romanischer und skandinavischer Künstler. Sie alle oder ihre Witwen haben diese unveröffentlichten Beiträge dem Bauhaus geschenkt, das den gesamt ertrags seinen gemeinnützigen Zwecken zuführt.

Vogelbeobachtung im Flugzeug. Die Erforschung des Vogelzuges, die zu den schwierigsten und angiehendsten Themen der Ornithologie gehört, kann durch die Benutzung des Flugzeuges wesentlich gefördert werden. Wie W. Dunkel im „Et. Hubertus“ berichtet, hat der Helgoländer Vogelwart Dr. Hugo Weigel verschiedene solcher Vogelbeobachtungsfahrten mit dem Flugzeug unternommen. Besonders ergiebig war ein Herbstflug über das Wattenmeer bei Esch. Große Enten- und Ringelstaubenflüge, ganze Völkchen von Strandläufern überraschte er mit seinem Flugzeug und konnte sich auf diese Weise Vogelgeschwärmen nähern, die vor dem Beobachter zu Wasser und zu Lande schon von weitem flogen. Der Vogelwart darf natürlich auf dem Flugzeug nicht immer mitten in die Schwärme hineinfliegen, weil das die Vögel scheu macht, sondern das Flugzeug muß den Vögeln in größerer Entfernung folgen. Dabei besteht vorläufig noch die große Schwierigkeit, daß der Flieger schneller fliegt als jeder Vogel; es müßte also erst noch das Langsamfliegen erfinden werden, ehe eine ganz genaue Beobachtung vom Flugzeug aus möglich ist. Sehr wichtig wäre, wie Dr. Kurt Floerke anregt, die Ornithologenflüge auf die Kurische Nehrung auszuweiten, die ja die beste Gelegenheit zur Beobachtung des Vogelzuges bietet. Dort liegen die Verhältnisse auch noch günstiger als auf Helgoland, weil die Flugpost Königsberg — Remei diese wichtige Vogelzugstraße Deutschlands täglich zweimal entlastet.

Der Preis der Kleist-Stiftung ist für dieses Jahr dem Dichter Paul Gutzlauer zuerkannt worden, der bereits über 40 Jahre alt ist und Dramen geschrieben hat, von denen bisher keines im Druck erschienen und eines erst vor kurzem in Braunschweig auf die Bühne gelangt ist.

Kleines Theater. Die Aufführung von „Die Liebe macht“ findet am Donnerstag, 24. November, ebenfalls 7 Uhr statt.

Ludwig Hardt gibt Sonntag, den 27., 1/3 Uhr im Rindwirth-Schauspielhaus seinen letzten Vortrag über die Kunst der Zeichnung und dermaligen Schauspielerporträts.



# Die Abrüstungsreise durch Deutschland.

München, 22. November. (WIZ.) Eine Reihe hervorragender Vertreter der Regierungen, wirtschaftlicher Organisationen und der Presse, die an der soeben beendeten internationalen Arbeitskonferenz in Genf teilgenommen haben, sind unter Führung des früheren Reichswirtschaftsministers Wissell in München eingetroffen. Sie werden eine mehrwöchige Studienreise durch Deutschland unternehmen. Die Reise erfolgt auf Einladung der deutschen Gewerkschaften, um den maßgebenden Vertretern der Öffentlichkeit des Auslandes einen Einblick in die Verhältnisse Deutschlands und den Erfüllungswillen des deutschen Volkes zu geben. Vertreter aus Brasilien, Kanada, England, Frankreich, Japan, Schweden, der Schweiz, Spanien, Südafrika und den Vereinigten Staaten von Nordamerika nehmen an der Reise teil.

## Der kommunistische Unfug.

Während die „Rote Fahne“ an Stelle einer sachlichen Behandlung der Vorgänge in Lidtenburg das hysterische Geschrei gelebt hat, wird sie heute — wie wiederholt in den letzten Tagen — von einem ihrer eigenen Parteigenossen aufs schwerste desavouiert. In der „Freiheit“ nämlich wird der Bericht zweier Mitglieder der Untersuchungskommission, die sich nach Lidtenburg zur Feststellung der tatsächlichen Vorgänge begeben hat, abgedruckt, und zwar des Unabhängigen Kurt Rosenfeld sowie des Kommunisten Herzfeld. In dem Bericht heißt es:

In Lebensgefahr war ansehend niemand von den Gefangenen. Das ärztliche Mitglied des Untersuchungsausschusses Abg. Grosjahn (SPD.) hat dies festgestellt. Die Streikenden waren zum Teil allerdings stark geschwächt. Aber jeder, den wir sprachen, war in der Lage, zusammenhängend und ohne Schwierigkeit seine Situation zu schildern und seine Sache zu vertreten. Schmutzlos und einfach war ihre Rede. Um so ergreifender wirkte, wie uns schien, selbst auf das am weitesten rechtsstehende Mitglied des Untersuchungsausschusses, das traurige Los der Gefangenen.

Mit keinem Wort ist also von dem „Lodeskampfe“ der Gefangenen die Rede, den die „Rote Fahne“ in sensationeller Aufmachung zu schildern suchte. Wie die Mitteilung der beiden, Kommissionsmitglieder heroorhebt, ist das Mittel mit den Gefangenen, die in irregulärem Idealismus den Hungerstreik begannen, allgemein. Durch ihre sachliche und tendenzlose Berichterstattung erweist die kommunistische Presse den Gefangenen nur schlechte Dienste. Eine exakte Durchführung der Untersuchung ist nur dann möglich, wenn das Bild, das die Öffentlichkeit erhält, in jedem Punkte der Wahrheit vollkommen entspricht.

Auch der Resolutionssturm, der von den Kommunisten künstlich in einer Reihe von Berliner Betrieben in Szene gesetzt wird, entspringt weniger der Fürsorge für die Gefangenen als agitatorischen Bedürfnissen. Dies erahnt man aus dem bezeichnenden Vorgang in der Berliner Konferenz der Funktionäre der Metallarbeiter, wo bekanntlich eine Entschlüsselung unserer Genossen, die u. a. die Haftentlassung der politischen Gefangenen in Rußland forderte, unter großem Jubel der Kommunisten abgelehnt wurde.

Vollkommener Schwandel ist es, wenn die „Rote Fahne“ es so darzustellen sucht, als ob unsere Parteigenossen in den Betrieben überall Mißtrauensspotten gegen die sozialdemokratischen Minister beschließen hätten. Sie denken gar nicht daran. Und wenn sie aus begrifflichem Mitleid mit den Gefangenen sich zuerst passiv gegenüber den kommunistischen Schreihälsen verhielten, so werden sie deren Spiel doch bald durchschauen und — durchkreuzen!

## Die SPD-Arbeiter gegen den Generallstreik.

Halle a. d. S., 22. November. (Eigener Drahtbericht.) Am gestrigen Montag nahmen in Halle die Betriebsvertrauensleute der SPD. Stellung zu der neuen Generallstreikpropaganda der Kommunisten. Uebereinstimmend lauteten die Berichte aus den Betrieben dahin, daß nicht die geringste Neigung besteht, das ungewisse Experiment eines Generallstreiks mitzumachen. Einstimmig wurde eine Entschlüsselung bekannt gegeben, die jede Beteiligung daran, sogar die Beteiligung an einer Abstimmung, mit Entschiedenheit ablehnt. Die Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung, wie sie im Frühjahr durch die kommunistische Würgaktion stattgefunden habe, dürfe nicht weiter fortgesetzt werden. Alle Kräfte seien vielmehr darauf zu konzentrieren, den gemeinsamen Ansturm der Industriellen und Reaktionsäre abzuschlagen. Sie protestieren gegen die Handlungsweise der KPD., eigenmächtig eine Sitzung der Vertrauensleute aller Richtungen einzuberufen. Sie sprechen dieser Sitzung das Mandat ab, im Namen aller Organisationen Beschlüsse zu fassen.

Für heute abend haben die Kommunisten eine Versammlung nach dem Volkspark einberufen, in der es sich entscheiden wird, ob sie wirklich den Generallstreik auszurufen gedenken.

## Ausländerbesuch in den Deutschen Werken.

Unabhängig von dem gestrigen Besuch des Generals Koller beschickten gestern in Begleitung von Herren des Auswärtigen Amtes Vertreter der ausländischen Presse, und zwar Amerikaner, Holländer, Schweden, Russen, Italiener, Engländer, Rumänen, Dänen, Chinesen und Japaner die Fabriken der Deutschen Werke in Spandau und Havelhorst. Unter Führung leitender Herren der Werke wurde den Pressevertretern Einblick sowohl in die verschiedenen Fabrikationszweige der Werke als auch in die von der Entente angeordneten Zerstörungsmassnahmen gegeben. Die Herren konnten sich an Ort und Stelle überzeugen, daß die Werke mit der Herstellung von Kriegswaffen nicht mehr das geringste zu tun haben, daß die angeordneten Zerstörungsmassnahmen jeder sachlichen Begründung entbehren und daß die Zurücknahme der betreffenden Ententeakte unbedingt erforderlich sei, wenn nicht schwere wirtschaftliche Schädigungen, insbesondere Entlassungen von Tausenden von Angestellten und Arbeitern die Folge sein soll.

Nach Abschluß der Besichtigung dankte im Namen der Besucher der Vertreter eines maßgebenden holländischen Blattes für die eingehende und lehrreiche Orientierung. Er glaubte sagen zu können, daß die Besichtigung dazu beitragen würde, das Ausland durch die anwesenden Pressevertreter über die friedlichen Absichten der Deutschen Werke und die Notwendigkeit ihrer Erhaltung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse zu unterrichten.

## Stadler spricht.

Im Meisteraal hielt gestern der bekannte nationalsozialistische Agitator Stadler vor einem kleinen Kreise seiner Gläubigen zum Thema „Katastrophenpolitik“ einen Vortrag. Stadler hat verschiedene Entwicklungen durchgemacht und betätigt sich seit Ausbruch der Revolution in antibolschewistischer Propaganda. Daß er vom Wesen der Revolution, ihrem Inhalt und ihrem Ziel nichts versteht, ist unter diesen Umständen kein Wunder. So legte er die deutsche Revolution gleich Spießhütchen, Geniechertum, Schieberrtum, Gedanklosigkeit und Hüftlosigkeit. Sein besonderer Hoß gilt natürlich

dem Kabinett Briß, was um so verständlicher ist, als vor kurzem gegen Stadler wegen einer gemeinen Denunziation gegen den Reichskanzler Strafantrag gestellt wurde. Die Tiefe seines politischen Verständnisses und seiner Eignung zum „Führer“ zeigte einer der Schlußsätze seiner Rede, der lautete: „Was haben wir zu tun? — Eine Frage, die nicht zu beantworten ist.“ Seine bürgerlichen Zuhörer aber waren zufrieden und freuten sich der Weisheiten dieses antibolschewistischen Helden.

# Groß-Berlin

## Versammlungsverbot.

### Umzüge und Straßendemonstrationen untersagt.

Der Berliner Polizeipräsident erläßt heute mittag folgende amtliche Bekanntmachung:

Anläulare Elemente haben in den letzten Tagen Versammlungen unter freiem Himmel, Straßenumzüge und Straßendemonstrationen dazu benutzt, um zu allgemeinen Plünderungen anzuhängen. Sinnlose Zerstörung und Plünderung von Läden aller Art, Gefährdung der Lebensmittelversorgung von Berlin und Festnahme von bisher über 100 Personen, zum größten Teil unteiler halbwüchsiger Burschen, die jetzt schwerer Bestrafung entgegensehen, sind der Erfolg dieser verbrecherischen Tätigkeit. Ich verziehe daher wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel, also auch alle Straßenumzüge und Straßendemonstrationen.

Der Polizeipräsident, gez. Richter.

Um ähnlichen Ausschreitungen verheerter Elemente, wie sie sich gestern in der König- und Gertraudenstraße ereigneten, schon im Keime zu begegnen, hat das Polizeipräsidium für heute einen erhöhten Bereitschaftsdienst der Schupo, d. p. verstärkte Streifen und in den besonders bedrohten Stadtteilen Alarmbereitschaft der Beamten angeordnet.

## Nächste Plünderungen in Neukölln.

Am gestrigen Abend ist es in später Abendstunde in Neukölln wieder zu neuen Plünderungen gekommen. In Klems Festsaal in der Hohenheide hatte eine Versammlung der kommunistischen Partei stattgefunden, in der sich der Referent mit der politischen und wirtschaftlichen Lage beschäftigte und im Hinblick auf die letzten Vorkommnisse die Anwesenden dringend aufforderte, sich nicht an derartigen Ausschreitungen zu beteiligen, die auf die Entwicklung der Dinge doch ohne Einfluß seien.

Ohne die Mahnung zu berücksichtigen, bildete sich im Anschluß an die Versammlung ein Demonstrationenzug von etwa 500 Personen, der singend und unter Drohungen durch die Berliner Straße zog. Vor dem Schuhwarenhaus „Nephtun“ in der Berliner Straße 43, dessen Auslagen nicht gesichert waren, machte die Menge halt, zertrümmerte die Schaufenster und raubte die Schuhe. Ein zweites Geschäft in der Ritterstraße 68 in Neukölln wurde ebenfalls beraubt. Die erst später eintreffende Schuppolizei konnte die Plünderer nicht mehr festnehmen. Eine kleinere Ansammlung junger Burschen auf dem Hermannplatz wurde vom Ueberfallkommando Neukölln zerstreut. In Groß-Berlin waren bis zum Schluß des Blattes neue Plünderungen nicht zu verzeichnen.

## Die neue Tarifierhöhung.

Der Magistrat hält nicht nur die neue Erhöhung der Tarife für Straßenbahn, Gaslieferung usw. für unvermeidlich, sondern möchte auch eine allerschleunigste Einführung der erhöhten Tarife durchdrücken. In einer Besprechung mit Führern der Fraktionen drängten Oberbürgermeister Böhm und Kammerer Karding zu größter Eile, und diese Magistratsvertreter äußerten sogar den Wunsch, die Tarif-erhöhungen ohne vorherigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung sofort in Kraft zu setzen. Selbstverständlich kann davon keine Rede sein, daß die Stadtverordnetenversammlung sich ausschalten läßt.

Wie uns vom Nachrichtenamt des Berliner Magistrats kurz vor Schluß des Blattes mitgeteilt wird, ist gar nicht daran zu denken, daß die neue Tarifierhöhung, entgegen der Annahme in einem Mittagsblatt, der Straßenbahn bereits morgen in Kraft tritt. Die dringliche Deckungsvorlage dürfte erst Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung gelangen. Sie wird dann voraussichtlich einem Ausschuss überwiesen werden, so daß die Schlussberatung auf keinen Fall vor der in der nächsten Woche stattfindenden Stadtverordnetenversammlung erledigt werden kann.

## Erweiterung des Autobusverkehrs.

Eine Aufsichtsratsitzung der Allgemeinen Berliner Omnibus-K.G. beschloß, einer auf den 19. Dezember einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 9,45 Millionen (zu 12,6 Mill.) vorzuschlagen. Dem Aufsichtsrat gehören neben Vertretern der beteiligten Banken, Direktionsmitglieder der Hochbahn und der Berliner Straßenbahn sowie Magistratsmitglieder an, unter diesen der Leiter des Verkehrsamtes Dr. Adler. Da Hochbahn und Stadt je über ein Drittel des Aktienkapitals verfügen, so handelt es sich bei der Genehmigung durch die außerordentliche Generalversammlung nur um eine Formsache, und die jetzigen Besitzer werden ihr Bezugsrecht (drei neue auf vier alte Aktien) zweifellos in vollem Umfange ausüben.

Für den Berliner Verkehr bedeutet dies, daß zwischen Hochbahn und Stadt eine grundsätzliche Verständigung erzielt ist. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß es für die Betriebsverweiterung lediglich einer entsprechenden Anzahl von Autobussen bedarf, deren Einzelpreis weit unter dem eines Straßenbahnwagens bleibt, so kann man diesen Beschluß, der entschieden einer Verbesserung des Verkehrs zugute kommt, nur begrüßen.

## Ein hartnäckiger Hauseigentümer.

### Ist das Wohnungsamt machtlos?

In Marienfelde schwebt seit mehreren Monaten ein Wohnungsstreit, bei dem ein Hauseigentümer mit ganz ungewöhnlicher Hartnäckigkeit die Vergabe von freigegebenen Wohnungen verweigert. Es handelt sich um die Aktien-Gesellschaft Fritz Werner in Mariendorf, die im Sommer dieses Jahres in Marienfelde das Haus Verlinder Str. 141 erwarb. Als Ende September zwei Wohnungen in dem Hause frei wurden, wollte das Wohnungsamt in sie eine bisher in einem Keller untergebrachte Flüchtlingfamilie und die einer größeren Wohnung bedürftige Familie eines langjährigen Einwohners von Marienfelde hineinbringen. Die Firma weigerte sich, mit den durch das Wohnungsamt ausgewiesenen Mietern die erforderlichen Verträge abzuschließen. Der Vertreter der Firma erklärte, die Wohnungen seien für ihre eigenen Leute bestimmt. Der Verkehrsamt habe, fügte er hinzu, sie gedrängt, Wohnungen für die Arbeiter zu schaffen. Diese Behauptung wurde bald darauf in öffentlicher Versammlung auf entschiedenste bestritten. Die Versicherung, daß Arbeiter die Woh-

nungen erhalten würden, findet auch wenig Glauben. Die Firma machte allerdings in dem Verfahren vor dem Rietzeinigungsamt geltend, daß man es hier mit Werkwohnungen zu tun habe. Zur Klärung dieser Frage wurde das Hauptwohnungsamt in Berlin um Entscheidung ersucht. Im Falle der Verjahung wäre die vom Wohnungsamt angegriffene Verlehnung der Wohnungen nicht aufrechtzuerhalten gewesen, im entgegengelegten Fall aber müßte das Rietzeinigungsamt bei fortwährender Verlehnung des Hauseigentümers zum Abschluß von Zwangsverträgen schreiten. Inzwischen hat das Hauptwohnungsamt erklärt, daß die Wohnungen nicht als Werkwohnungen für die Firma Werner in Betracht kommen und somit dem Wohnungsamt Marienfelde zur Verfügung stehen. Auf eine erneute Anfrage der ausgewiesenen Mieter, ob der Hauseigentümer nun mit ihnen die Verträge schließen wolle, kam die Antwort: „Wir gehen noch weiter“. Die Firma kann sich diesen Widerstand leisten, weil es ihr auf den Mieteanfall nicht ankommt. Ihre Mieter aber bleiben weiter auf ihre unzureichenden Wohnungen angewiesen, während die längst leer gewordenen Wohnungen, um die der Streit sich dreht, noch weiter unbenutzt bleiben.

Angesichts der herrschenden Wohnungsnot ist es unbegreiflich, daß die zuständige Behörde nicht alles tut, den Widerstand der Firma durch Zwangsmassregeln zu brechen. Wenn nicht mit aller Rücksichtslosigkeit eingeschritten wird, werden die zugewiesenen Mieter noch lange auf ihre Wohnungen warten können. Die kapitalkräftige Firma wird es sicherlich länger aushalten, als sie. „Kassen spielen keine Rolle“, hat man ihnen geantwortet.

## Ein General Bela Khuns als Hoteldieb.

Unter dem dringenden Verdacht, Hoteldiebstähle ausgeführt zu haben, wurde von Beamten der Dienststelle B 14 in einem Lokal in der Friedrichstadt ein Mann verhaftet, der sich Heinz Bär nannte und sich auch auf dem Polizeipräsidium mit Kopieren auf diesen Namen auswies. Er gab an, seit August dieses Jahres in Berlin zu sein und sich hier mit Handelsgeschäften ernährt zu haben. Die Ermittlungen ergaben jedoch, daß der Verhaftete in Wirklichkeit ein Herbert Königler ist, der von verschiedenen Staatsanwaltschaften gesucht wurde und während der ungarischen Räteregierung die rechte Hand Bela Khuns gewesen ist. Als General der Roten Armee mußte er beim Zusammenbruch der Räteregierung flüchten und kam mit anderen nach Berlin, die mit falschen Papieren verleben sich hier in Berlin verborgen hielten. Die ganze Gesellschaft steht im dringenden Verdacht, gewerbsmäßig Diebstähle und Raubüberfälle verübt zu haben. So wurde Königler schon vorher mit einem gewissen Ruforus, der ebenfalls zur Bela-Khunschen Regierung gehörte und hier unter dem Namen Stiffhäuser auftrat, wegen eines Raubüberfalls auf ein Geschäft in der Münzstraße festgenommen. Königler wurde unter dem Namen Bär festgenommen und eingeliefert, vom Untersuchungsrichter jedoch wieder entlassen, weil die Beteiligung an dem Ueberfall ihm nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte. Nach seiner Entlassung wurde er jetzt von neuem dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

## Schulfeiertag für die Reaktion.

Durch einen Erlass des Kultusministers Becker wurden die Schulleiter erwählt, die Schüler und Schülerinnen zwecks Teilnahme am 10. Stiftungsfest des erektionären Jungdeutschlandbundes vom Unterricht zu befreien. Was bei diesem Stiftungsfest geschah, gibt die reaktionäre Presse kund in folgenden Worten: dabei war man „alle gesellschaftlichen und kulturellen Bedenken über Bord“ und brach in den Ruf aus: „Schwarzweißrot ist wieder Trumpf, raus aus dem sozialistischen Sumpf!“ — An der erbebenden Veranstaltung nahm alles teil, was reaktionär im Lande ist, vom „Nationalen“ Arbeiterbund bis zum „Deutschnationalen“ Jugendbund. Ein Oberregierungsrat überbrachte in einer Ansprache als Vertreter des Oberpräsidenten dessen Grüße, ein Oberlehrer aus München — der offenbar fest auf dem Boden der Verfassung steht — erläuterte „Jungdeutschlands Aufgabe zur Erhaltung der Volkstradition“ — was die Militärsen darunter verstehen, ist ja bekannt. Kurzum, das übliche Trara nach dem Muster der wilhelminischen Kaiserzeiten. Und derartige Veranstaltungen wurden von Becker als Kultusminister amtlich gefördert.

„Siedlung und Kleingarten“, unsere illustrierte Beilage, liegt der heutigen Postauflage bei.

Verurteilungen bei der Quaderpeisung in Weihenstephan lagen einer Anfrage zugrunde, die die Verurteilungskammer des Landgerichts III beauftragte. Angeklagt war der Kaufmann Alfred Schüller. — Der Angeklagte war im Felde schwer verwundet worden, jedoch ihm später neumal der Schwabel aufgeweiht werden mußte. Als Schwerekriegsbeschädigter erhielt er eine Entlohnung als Hilfsarbeiter bei der Gemeinde Weihenstephan und hatte als solcher die von den einzelnen Schulleitern eingesammelten Gelder, die die Kinder für die Quaderpeisung bezogen mußten, zu vereinnahmen und an die Gemeindefasse abzuführen. Als Krankheits in der Familie eintrat, geriet Schüller in Not und er ließ sich verleiten, sich an den eingegangenen Quadergeldern zu vergreifen. Um den Schaden wieder ausmachen zu können, kam er auf den unglücklichen Gedanken, sich an dem Wetzlonzern Klante zu beteiligen, jedoch er schließlich Unterschlagungen in Höhe von 87.000 M. begangen hatte. Das Gericht erkannte auf nur sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten der Untersuchungshaft, entließ den Angeklagten sofort aus der Haft und billigte ihm auch die bedingte Vergnadigung zu.

Die Taube auf dem Dache ist nicht so viel wert, wie der Sperling in der Hand. Das weiß ein jeder und doch ahnt man nicht, wieviel Tauben in Berlin, auf den Dächern oder, richtiger gesagt, auf den Böden gehalten werden. Darüber war man nämlich wirklich erstaunt, wenn man (schon wieder) eine Tauben-Bezirksausstellung besuchte, die in der Ausstellungshalle des Neuen Rathauses in Schöneberg abgehalten wurde. Die Vereine „Gut Flug Wilmersdorf“, „Schöneberger Taubenzüchter“ und „Westen und Umgegend“ hatten 650 Tauben der verschiedensten Rassen geschickt. Aus dieser Menge, alle Rassen waren so vertreten, daß man die hells Freude haben konnte, seien nur die „Gimpel“ erwähnt. Sie sind eigentlich Hestentauben und man stellt sie selten; es ist eine gewisse Liebhaberei, sie zu züchten. Sie werden auf Farbe prämiert. Ferner sah man sehr schöne lange Berliner, diese geeignete Taube für den Boden, und die kurze, freigeige Taube, die so recht in Schöneberg der Stamm ist. Viel Abwechslung bieten auch die Brieftauben, die leicht zu züchten sind, aber Training erfordern. Die hiesigen Vereine lassen meistens „Rund um Berlin“ fliegen, doch können gute Brieftauben ganz erstaunliche Leistungen vollbringen; so sind Tiere schon 1000 Kilometer gereist. Nach dem Kriege hat man auch bereits wieder mit der Zucht von Schönheitstribestäuben begonnen, wie die Ausstellung bewies.

Mitglieder-Versammlung der 111. Bezirksgruppe der Konsumgenossenschaft (Panierstraße Neukölln) am Mittwoch, 23. November, abends 7,8 Uhr, bei Krüger, Reichenberger Straße 86, 2te Etage. Erscheinen aller ist notwendig!

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kälter, zeitweise aufflarend, aber noch überiegend trübe und neblig, ohne wesentliche Niederschläge; mäßige östliche Winde.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Morgen, Mittwoch, den 23. November:

Wahlkreis Wedding. 6 Uhr Volksvereinsversammlung im Begehren. — Die Stadt- und Bezirksvereinsversammlungen beginnen 7,8 Uhr im Sitzungssaal der 111. Bezirksgenossenschaft in der Panierstraße Neukölln. — 8 Uhr im Sitzungssaal der 111. Bezirksgenossenschaft in der Panierstraße Neukölln. — 8 Uhr im Sitzungssaal der 111. Bezirksgenossenschaft in der Panierstraße Neukölln. — 8 Uhr im Sitzungssaal der 111. Bezirksgenossenschaft in der Panierstraße Neukölln.



# Bewegungsbewegung

## „Ein Gebot der Stunde.“

In der „Freiheit“ Nr. 544 beschäftigt sich der unabhängige Stadtrat Schöning mit der „Arbeiterfrage in der Kommune“. Der Artikel erscheint uns so beachtenswert, daß wir nachstehend den wichtigsten Teil zum Abdruck bringen:

Man kann nicht den Kommunalbetrieb mit dem privatkapitalistischen Betrieb auf gleiche Stufe stellen. Der Privatkapitalist produziert, um Profit zu erzielen; wird er zu Lohn-erhöhungen gezwungen, so wagt er diese risikolos auf die Konsumenten ab. Der Kommunalbetrieb hingegen dient nicht der Profitverwertung, sondern den Interessen der Allgemeinheit. Er kann nicht risikolos abwälzen, sondern muß wiederum auf die Allgemeinheit und insbesondere auf die arbeitende und arbeitlose Bevölkerung Rücksicht nehmen. Es ist sehr bequem, den Magistrat mit einem privatkapitalistischen Direktorium auf eine Stufe zu stellen, zeigt aber von einer Verantwortungslosigkeit, die kaum noch zu überbieten ist.

Die ständige Streitgefahr muß durch gegenseitige Verständigung unter allen Umständen behoben werden.

Wollen wir die Kommunalbetriebe als solche halten und in der Kommunalisierung vorwärts marschieren, so müssen die Betriebe auch von wirklich sozialistischem Geist erfüllt sein. Die Kommunalbetriebe sind nicht um ihrer selbst willen vorhanden, sondern sie sollen den Interessen der Allgemeinheit dienen. Wer in einem Kommunalbetrieb beschäftigt ist, hat gegenüber der Allgemeinheit eine größere Verantwortung als derjenige, der in einem Privatbetriebe tätig ist. Ein erhöhtes Pflichtbewußtsein muß demnach die Voraussetzung zur Beschäftigung in einem Kommunalbetriebe sein. Werden diese Voraussetzungen erfüllt, so wäre auch die Wirtschaftlichkeit der Kommunalbetriebe gesichert. Leider ist dies nicht der Fall, und es ist durchaus falsch, die Unwirtschaftlichkeit einseitig der bürokratischen Verwaltung zuzuschreiben. Neben einer Reorganisation der Verwaltung ist eine andere Einstellung der Beschäftigten unbedingt erforderlich. Wenn dies geschieht, können die städtischen Betriebe sowohl mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen als auch mit den sozialen Einrichtungen bahnbrechend wirken.

Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn die sozialistischen Parteien in Verbindung mit den Gewerkschaften sich von vornherein über Lohn- und Arbeitsfragen verständigen, damit an Stelle des gegeneinander-Auskämpfens sozialistische Erziehungsarbeit geleistet werden kann. Dies auszuspoken ist ein Gebot der Stunde.

Wir haben diesen ausgezeichneten Worten nichts hinzuzufügen. Wir möchten nur wünschen, daß sie von allen Gemeindearbeitern, die nach Schöning vor der Revolution „den duldsamsten Teil der Berliner Arbeiterschaft“ bildeten, bei denen „Klassenbewußtsein und Solidarität, Gefühl nur gering ausgeprägt“ waren, beherzigt werden. Zu bedauern ist höchstens noch, daß die Verunft bei den Unabhängigen nicht schon vor Jahren zum Durchbruch kam und in letzter Zeit wieder so bedauerlich oft schweigen muß.

### Aus dem Omnibus- und Hochbahnbetrieb.

In Anbetracht der riesigen Geldentwertung forderten die im Omnibus- und Hochbahnbetrieb beschäftigten Handwerker und Arbeiter außer dem Rahmen des Lohnvertrags, der am 30. November abläuft, eine Wirtschaftsbeihilfe von 1000 M. und ab 1. Dezember eine Zulage zu den bestehenden Stundenlöhnen von 3,50 M.

Das Lohnabkommen mit der Omnibusdirektion konnte nach kurzer Verhandlung bis zum 31. Dezember verlängert werden. Als Ausgleich für die geforderte Wirtschaftsbeihilfe und die Lohnzulage sowie für die Weihnachtsgratifikation wurde eine Summe von 1200 M. vereinbart. Diejenigen, die erst im Oktober eintraten, belamen 850 M., die im November und Dezember eintraten, 650 M. Diese Vereinbarung wurde von den Beschäftigten des Omnibusbetriebes angenommen.

Die Hochbahndirektion lehnte die Forderung der Wirtschaftsbeihilfe ab. Die Verhandlungskommission suchte der Direktion klarzumachen, daß das Hochbahnpersonal eine Regelung wie bei der Stadt Berlin, d. h. eine Gruppierung, ablehne. Auch die Regelung wie bei der Omnibusgesellschaft käme hier nicht in Betracht. Die Direktion bot als Ausgleich für die männlichen 650 M., die weiblichen 500 M. und für die Jugendlichen 300 M. Für den Fall, daß die Arbeiterschaft die Forderungen ab 1. Dezember fallen lasse, sollen insgesamt den männlichen 1000 M., den weiblichen 750 M. und den Jugendlichen 400 M. gezahlt werden. Am 10. Dezember sollte außerdem eine Weihnachtsgratifikation von 200, 150 und 100 M. gezahlt werden. Am 17. November wurde erneut verhandelt, ohne jedoch zu einer Einigung zu kommen. Die Direktion sagte zu, die Forderung auf Lohnzulage ab 1. Dezember weiteren Verhandlungen zu überlassen und die Wirtschaftsbeihilfe mit der Gratifikation zusammen auszuzahlen.

Am Abend nahm das Personal der Hochbahn dazu Stellung. Nach längerer stürmischer Debatte wies die Versammlung das Angebot entrüstet zurück und molten am 18. November mittags 12 Uhr die Arbeit einstellen. Die Betriebsvertretung versuchte den Versammelten klarzumachen, daß jetzt besondere Belonnenheit an die Höhe sei und Disziplin gewahrt werden müsse, da nur dann die Lohnbewegung am 1. Dezember mit Erfolg geführt werden kann. Die Versammelten sahen den empfohlenen Weg als den richtigen an und beschloffen, die restlichen 150 M. von den 1000 M. bei der nächsten Verhandlung nachzufordern.

### Lohnhöhung in den Berliner Brauereien.

Durch Verhandlung der Arbeitnehmerorganisationen mit dem Arbeitgeberverband des Vereins der Brauereien Berlins und der Umgebung wurde für die in den Brauereien beschäftigten gewerkschaftlichen Arbeitnehmer eine wesentliche Zulage von 100 M. erzielt.

In einer am Sonntag stattgefundenen Funktionärerversammlung der Vertrauensleute und Arbeiter gab H. B. D. vom Verband der Brauer- und Mälzereiarbeiter den Bericht über die stattgefundenen Verhandlung. Trotzdem daß das Lohnabkommen noch bis zum 31. Dezember 1921 vertraglich geregelt ist, konnten die Brauereien der Erhöhung der Löhne von einem früheren Zeitpunkt ab nicht widersprechen. Die erhöhten Löhne sollen vom 10. November ab gelten. Abgelehnt wurde von den Arbeitgebern die Gewährung einer Teuerungszulage. Die Löhne betragen jetzt für Bektente, Mälzmeister, Heizer und Fuhrpersonal einschließlich Referentfahrer wöchentlich 480 M., für alle ungelerten Arbeiter einschließlich Packers und Mälzler 475 M. Entsprechend der Erhöhung der Löhne für männliche Arbeitnehmer sollen die Löhne der Frauen erhöht werden. Ebenfalls werden die Bezüge aus der Vereinbarung zu § 618 des BGB. erhöht. Gegen wenige Stimmen wurde diesem Abkommen zugestimmt.

### Die Keckheit der Frankenhöhner.

Am Saargebiet sollen den Bergarbeitern ab 1. Dezember 3 Franken vom Schichtlohn „abgebaut“ werden, und zwar laut Verordnung der Grubenverwaltung, ohne deswegen mit den Bergarbeiterorganisationen Fühlung zu nehmen. Dagegen wandte sich eine Reviertagung der christlichen Bergarbeiter, die einen solchen Lohnabbau für ungerechtfertigt erklärte und beschloß, gemeinsam mit der Leitung des alten Bergarbeiterverbandes beim Verwaltungsrat der Saargruben um Verhandlungen nachzusuchen. Es sei möglich, den Versuch zu machen, die Rentabilität der Gruben zu fördern und die bisherigen Löhne weiterzugeben. Die Organisation legte Wert auf die Feststellung, daß sie die Einführung der Frankenhöhner stets bekämpft und die Nachteile vorausgesehen habe.

Zentralrat und der Angehörigen. Delegiertenversammlung heute 7 Uhr in den Sophienstr. 17. 18. Bericht von der Reviertagung. 2. Beitragserschließung. Deutsche Filmgesellschaft. Donnerstag 2 Uhr im „Alten Kellner“, Inhalt: 11. Versammlung der Bezirksgruppe Kino-Theater-Angestellte.

## Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 35 BRG. Entlohnung des Betriebsrates bei Arbeitsstrafung. Der Schlichtungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 29. Juni den Antrag eines Betriebsratsmitgliedes abgelehnt. Aus der Begründung geben wir nachstehenden Absatz, weil derselbe von prinzipieller Bedeutung ist, wieder:

„Der Schlichtungsausschuss hat bereits wiederholt entschieden, daß Betriebsratsmitglieder außer den in § 98 BRG. vorhandenen Schutzrechten und der sich aus ihrer Tätigkeit ergebenden notwendigen Freistellung von der Arbeit keinerlei Vorteile vor den übrigen Arbeitnehmern haben sollen. Ihr Amt ist, wie es in § 35 BRG. ausdrücklich heißt, ein Ehrenamt. Sie sind und bleiben in erster Linie Arbeitnehmer ihres Betriebes mit allen Rechten, Pflichten und Nachteilen, die sich aus ihrem Arbeitsvertrage ergeben. Sie erhalten, worüber nirgends in Rechtsprechung und Schrifttum Streit besteht, die Entlohnung ihrer Kategorie. Erhält die Gesamtheit ihrer Arbeitskollegen bei Arbeitsstrafung oder aus sonstigen Gründen weniger, so wäre es eine ungerechtfertigte Bevorzugung des Betriebsratsmitgliedes, diesem höheren Lohn zuteil werden zu lassen. Eine solche Entscheidung würde eine Prämie für die Wahl zum Betriebsratsmitglied bedeuten, die bei der Wahl nach einem solchen Posten sehr leicht zu unlauteren Nachschaffungen vor und bei der Wahl führen könnte. Es würde also — und das muß im Anschluß an § 35 des BRG. ausdrücklich betont werden, — eine Entlohnung für die Tätigkeit des Betriebsratsmitgliedes als solchem darstellen, ein Grundlohn, der im trassen Widerspruch mit dem Gesetz stehen würde.“

Ohne Einfluß auf die ergangene Entscheidung muß es bleiben, wenn andere Arbeitnehmer als diejenigen der Kategorie, der das betreffende Betriebsratsmitglied angehört, voll beschäftigt und bezahlt werden. Es fehlt hier an jeder Unterlage, aus dieser Tatsache einen Rechtsanspruch des einen anderen Arbeitnehmerkategorie angehörnden Betriebsratsmitgliedes herzuleiten.

Es kann sich auch gegenüber Betriebsvertretungsmitgliedern natürlich immer nur darum handeln, daß dieselben nicht wegen Ausübung ihrer Funktionen benachteiligt werden, im übrigen halten wir die Auffassung des Schlichtungsausschusses grundsätzlich für richtig, da die Betriebsvertretungen gegenüber ihren Mitgliedschaftskollegen im Interesse der Solidarität aller Arbeitnehmer auch nicht den Verdacht aufkommen lassen dürfen, als wenn sie ihr Amt persönlicher Vorteile wegen ausüben.

# Wirtschaft

## Englands ungünstige Zahlungsbilanz.

In diesem Jahre wird das Misereglaubte eintreten — die Zahlungsbilanz Englands für das Jahr 1921 wird ungünstig abschließen. Die Handelsbilanz Englands, die Gegenüberstellung der ein- und ausgeführten Waren, war von jeher passiv; es hat mehr Waren ein- als ausgeführt. Dies war aber ein Zeichen des Wohlstandes. Seine Guthaben vom Ausland, Dividenden, Zinsen von seinen ausländischen Kapitalanlagen, Einkünfte aus der Schifffahrt usw., sind in Form von Waren ins Land geströmt und haben dort eine hohe Bedienung der Bevölkerung gestiftet. Die Passivität der Handelsbilanz bot so lange ein günstiges Bild, als die Mehrereinfuhr durch die erwähnten und andere Guthaben gedeckt war, solange also die Zahlungsbilanz, welche sämtliche Forderungen und Schulden dem Ausland gegenüber darstellt, und im welcher der in der Handelsbilanz enthaltene Warenverkehr nur einen, wenn auch sehr wichtigen, Posten bildet, aktiv war. Die während des Krieges erfolgten wirtschaftlichen Veränderungen und die gegenwärtige Wirtschaftskrise haben jetzt der bisherigen günstigen Zahlungsbilanz ein Ende gemacht. Die Tatsache ist um so aufschlüssiger, da die Handelsbilanz in diesem Jahre günstig abschließen wird als 1920, und zwar infolge der großen Einschränkung in der Einfuhr und des Preissturzes für die Rohstoffe, welche England in erster Linie einführt. Während der Ueberlauf der Einfuhr über die Ausfuhr der englischen Handelsbilanz im vorigen Jahre 350 Millionen Pfund betrug, wird es 1921 nach Schätzungen des „Manchester Guardian“ nur 280 Millionen Pfund betragen. Daß die Zahlungsbilanz sich trotz dieser Tatsache ungünstig gestaltet, liegt an den Forderungen der englischen Volkswirtschaft an das Ausland, die ganz gewaltig eingeschrumpft sind. Die Forderungen rühren teils von den englischen Kapitalanlagen im Auslande her, daneben aber von Leistungen, welche England als Frachtfahrer und als Bankier wie als Handelsvermittler der Welt sich bezahlen läßt. Infolge des Borsprungs Amerikas in der Schifffahrt und der Wirtschaftskrise werden die Einkünfte der englischen Schifffahrt in diesem Jahre voraussichtlich 70 Millionen Pfund nicht übersteigen, während 1920 aus dieser Quelle noch mehr als 340 Millionen Pfund der Volkswirtschaft zufließen. Die Einkünfte aus den Kapitalanlagen und die Erträge aus der Vermittlungstätigkeit des englischen Handels- und Bankwesens dürften in diesem Jahre auch sehr wesentlich zurückgehen. So wird die Zahlungsbilanz, welche im vorigen Jahre noch mit 165 Millionen Pfund für England günstig war, in diesem Jahre nach den vorhandenen Schätzungen um 55 Millionen Pfund passiv werden. (Die Zahlungsbilanz kann nur schätzungsweise angegeben werden, doch sind die Methoden der Schätzung in letzter Zeit erheblich verbessert worden.)

Die passiven Zahlungsbilanz Englands rührt also von der ungedeckten Wareneinfuhr, in erster Linie Lebensmittel, her. In der Beurteilung der Passivität einer Handelsbilanz ist dieser Faktor der ungünstigste, weil er ein Anzeichen dafür ist, daß im Land mehr verbraucht, als erzeugt, doch also vom Kapital gezehrt wird. Immerhin bietet der nach vorhandenem Reichtum Englands eine genaue Unterlage dafür. Das Wandken über die Ursachen der ungünstigen Zahlungsbilanz wird jedoch voraussichtlich die bereits dämmende Ansicht von der Unvernunft der gegenwärtigen Handelspolitik fördern.

### Steigerung der Ruhrkohlenförderung.

Die Kohlenförderung des Ruhrkohlenbeckens (einschl. der linksrheinischen Becken) hat im Monat Oktober 1921 betragen:

	Gesamt- förderung	Arbeits- tage	Arbeits- tät. Förderung
Oktober 1921	8 047 748 Tonnen	26	809 514 Tonnen
Septbr. 1921	7 858 871	28	802 072
Februar 1921	8 174 008	24	840 609
Oktober 1921	9 595 000	27	866 484

Die arbeitstägliche Förderung ist mithin von 302 072 Tonnen im September auf 309 514 Tonnen im Oktober gestiegen. Die Förderung beträgt im Vergleich zum Februar (dem letzten Ueberlichtmonat) rund 31 000 Tonnen. Die Lagerbestände sind von 359 104 Tonnen Ende September auf 634 634 Tonnen Ende Oktober gestiegen.

Deutsche Kabelwerke U. G., Berlin-Lichtenberg. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 22 auf 44 Millionen Mark. Ueber die Geschäftstätigkeit wurde berichtet: Während das Geschäft in der ersten Hälfte des Jahres nicht gut ging, sind seit August trotz großer Preissteigerung namhafte Aufträge eingegangen, so daß die Geschäftstätigkeit voll beschäftigt ist. Das schon lange vorbereitete Bauprojekt in Reichendorf a. d. Spree soll zur Ausführung kommen. Die Mittel aus der Liquidation der englischen Werke kommen den Neubauten reiflich zugute. Im Verein mit der Märkischen Siedlungs-G. m. b. H. sind Siedlungsbauten für Arbeiter und Angestellte geplant. Auch die Tochtergesellschaft, die Gebrüder Maschinenfabrik, ist vollaus beschäftigt, so daß mit einer guten Dividende gerechnet werden kann.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Heller, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vertriebs-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

# Haus Oranien

gewährt vermittelt Höhenstrahlung, Diathermie, Licht-, Vleizellenbäder usw. größte Heilerfolge gegen Erkältungskrankheiten, Grippe, Rheuma, Ischias, Lähmungen, Schreckkrampf, Schlaflosigkeit, Blutarmer, Nervenleiden u. a. — 15 Behandlungen von M. 20, — an — Prose te und Auskünfte kostenlos.

## ELEKTROMEDIZINISCHE ANSTALT ORANIENSTR. 37.

### Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz

#### Bekanntmachung

Auf Grund der Veröffentlichung vom 20. Oktober 1921 betr. die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse Berlin-Steglitz wird hiermit bekanntgegeben, daß keine der Bewerberinnen nur ein Wahlrecht für die Vertreter der Frauenpersonen im Ausschuss der Kasse eingegangen ist. Der Wahlvorschlagn ist eingereicht von Herrn Alois Bierich, bestehend mit dem Namen Karl Fiehr und einbend mit dem Namen Rudolf Damm. Der Wahlvorschlagn ist als gültig anerkannt worden und somit die auf den Wahlvorschlagn benannten Bewerberinnen, Gefagerten gemäß. Die auf den 2. Dezember d. J. festgesetzte Stimmabgabe ist somit hinfortig.

Für die Vertreter der Arbeitgeber im Ausschuss liegen zwei Wahlvorschlagn vor. Wahlvorschlagn 1 eingereicht von Herrn Waltermeister G. Eintr., bestehend mit dem Namen der Ehefrau und einbend mit dem Namen Carl Boigt. Wahlvorschlagn 2 eingereicht von Herrn Heilungsabteilungsbeamten Werner, bestehend mit dem Namen Hugo Weitzel und einbend mit dem Namen Helene Feldmann. Beide Wahlvorschlagn sind als gültig anerkannt worden und hat demnach die auf den 2. Dezember d. J. festgesetzte Stimmabgabe im Ausschuss, abnehmer 55. festgesetzte Stimmabgabe stattzufinden.

Berlin-Steglitz, den 22. November 1921. 18-20

Der Vorstand: Karl Fiehr, Wahlleiter.

**GOLD- Silber- Platin- kauft**  
**Gozkowsky 13**

Wer zahlt für Gold-, Silber- und Platin-Bruch u. Gegenstände die höchsten Preise?

**nur**

**Gebr. Fahrmann**  
 Wollendorferstraße 33

**Altmetalle**  
 kauft zu hohen Preisen Gehlären, SO, Waldemarstraße 61.

**Altmetalle**  
 kauft zu höchsten Preisen  
**Frelhoff Nachf.**  
 Mariannenstr. 7a.

**Gold-Silber** - Bruch, Gegenstände  
**Platin** Zahngelisse  
**Quicksilber Brillanten**  
 verkaufen Händler und Private am besten und reellsten an die handelsgerichtlich eingetragene Firma  
**HEINRICH TRAPP**  
 Edelmetall- und Juwelengroßhandlung  
 Beuthstr. 10 (Laden), am Spittelmarkt  
 Telephone: Zentrum 1876

**Altmetalle**  
 kauft zu hohen Preisen, da dring. Bedarf  
**Metallschmelze Mariannenstr. 12**  
 Edelmetalle eben höchstzahl

**Zinn, Blei**  
 Lagermetall  
 und sämtliche Altmetalle  
 kauft  
 Metallschmelzwerk  
 Waldemarstraße 74.  
 Telephone: Moritzpl. 9033

**Ankauf**  
 Gold-, Silber-, Platin-, Bruch, Reparaturen, Resorbieren, Vergolden, Beschleifen, Schmelzgeräten für Gold.  
 Joh. Spangenberg,  
 50, Is. Reichstraße, 30.

**Pelz-**  
 Waren in solid. Verarb. billigt  
 Goldstein, Dresd Str. 11,  
 a. Hochbahn-Knuth-Tor

**Brillanten** Gold- und Silber-Bruch sind bei der heutigen Valuta große Werte!  
 Nur das reelle Juweliengeschäft, welches Selbstverbraucher ist, bietet Ihnen Gewähr für die bestmögliche Verwertung Ihres Schmuckes.  
**Otto Köppen, Juwelier,**  
 Große Frankfurter Straße 105.  
 bis 7 Uhr Geöffnet 1885

Wo ist die meinen Anzug machen?  
 Wergarant. i. gut. S. u. Verarbeitung?  
**Max Motel, Schneidermeister**  
 Neukölln, Ringbahnstraße 88 u. Tel. 909  
 Privatort für höchste Staatsbeamten.  
 Viele Anerkennungen u. Sammlungen 1908

**Kreuz-, Silber-, Zobelstüchse**  
 von 200 Mark an  
**Pelzhaus Jägermann**  
 Oranienstraße, Ecke Prinzessinnenstraße 14, am Moritzplatz

**Richard Ludner**  
**BÜROBEDARF**  
**Buchbinderei**  
 Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 36-37.  
 Stempel — Palmetten — Gravierungen  
 Brief-Ordre — Durchschreibebücher, 20/26